

ANSPRECHPARTNER

**Dr. Timm Kern**

Bildungspolitischer Sprecher

 timm.kern@fdp.landtag-bw.de
 +49 711 2063-9350
**Dennis Birnstock**Sprecher für frühkindliche Bildung,
Jugend & Sport
 dennis.birnstock@fdp.landtag-bw.de
 +49 711 2063-9210
**Alena Trauschel**

Sprecherin für berufliche Bildung

 alena.trauschel@fdp.landtag-bw.de
 +49 711 2063-9270
**Marc Juric**

Parlamentarischer Berater

 marc.juric@fdp.landtag-bw.de
 +49 711 2063-9030

KULTUS, JUGEND & SPORT

Personalmangel, Unterrichtsausfall und Schwierigkeiten mit der Digitalisierung – das könnten die üblichen Probleme an den Schulen im Land sein, wenn nicht auch noch eine Pandemie mit all ihren enormen Herausforderungen für die Schulleitungen und Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler wie auch die Eltern wäre. Es sind leider viele Lernrückstände entstanden, die es noch immer aufzuholen gilt. Unser Augenmerk galt insoweit der Ausgestaltung der Nachholprogramme mit besonderem Bezug auf eine Praktikabilität, die die Kinder nicht überfordert. So sollten Sommerschulen nur einen kleinen Teil der Ferien belegen oder die Zeitnot von G8 durch ein optionales G9 gelindert werden.

Besonders dramatisch wirkt sich der Fachkräftemangel im Bildungssektor aus, der bereits heute dazu führt, dass hunderte Lehrerstellen vakant bleiben und zusätzliche Bildungsangebote am fehlenden qualifizierten Personal scheitern. Während der Corona-Pandemie hat sich deutlich gezeigt, wie dringend wir den Lehrermangel aktiv beheben müssen. Denn die fehlende Krankheitsvertretungsreserve führte zu beträchtlichem Unterrichtsausfall.

Die Landesregierung blieb bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2022 jedoch weit hinter den realen Bedarfen der Schulen zurück. Deshalb haben wir beantragt, hundert zusätzliche Stellen für Krankheitsvertretungen vorzuhalten und hundert reguläre Lehrerstellen

zu schaffen, die den absehbaren Aufwuchs der Schülerzahl abfedern sollen.

Ebenso haben wir beantragt, die Sommerferienarbeitslosigkeit der Vertretungslehrer und Referendare zu beenden, wie es auch im grün-schwarzen Koalitionsvertrag vorgesehen ist. Die Schwerpunktsetzung der Landesregierung geht allerdings gänzlich an den schulischen Nöten vorbei. Das zeigte sich in der frühkindlichen Bildung, wenn Betreuung sichergestellt sein soll. Schon heute müssen wir zudem damit beginnen, die personelle Vorsorge für den Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote in der Grundschule ab 2026 zu treffen.

Die Maßnahmen des Infektionsschutzes haben nicht nur an den Schulen für erhebliche Einschränkungen gesorgt, sondern auch den Sport vor ernste Probleme gestellt. Sportstätten konnten nicht genutzt werden und viele Angebote mussten entfallen. So auch eine Vielzahl von Schwimmkursen für Kinder, wodurch die Zahl der abgelegten Schwimmprüfungen im Kindesalter um 75 Prozent zurückgegangen ist. Eine alarmierende Entwicklung, die nicht nur eine Unterstützung der Kursangebote, sondern auch der geeigneten Schwimmbäder von Landesseite gebietet.

DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/133](#) - Sicherstellung der Schwimmfähigkeit von Kindern in Baden-Württemberg
- » [17/218](#) - Entwicklung des Angebots von Vorqualifizierungsjahren Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO) an den beruflichen Schulen
- » [17/411](#) - Auswirkungen des Ganztagsförderungsgesetzes der Bundesregierung
- » [17/412](#) - Ausgestaltung und Realisation der Referendarsausbildung während der Coronapandemie
- » [17/419](#) - Landesprogramm zur Anschaffung von Luftfiltern für Schulen und Kindertageseinrichtungen
- » [17/426](#) - Optionales G9 als mögliches Element eines Lernlückenprogramms
- » [17/663](#) - Fachkräftebedarf in der frühkindlichen Bildung
- » [17/724](#) - Modalitäten des Förderprogramms Luftfilter für Schulen und Kindertageseinrichtungen

IM FOKUS

**DICKE LUFT IM KLASSENZIMMER:
DIE DISKUSSION UM LUFTFILTER**

 Arbeitskreis:
Kultus, Jugend & Sport

 Ansprechpartner:
**Dr. Timm Kern
Dennis Birnstock
Alena Trauschel**

Die Diskussion um mobile Luftfilteranlagen für Schulen und Kitas erhitzte die Gemüter. Neben dem Hin und Her bei der Maskenpflicht hat die Landesregierung auch bei den Maßnahmen des indirekten Infektionsschutzes mehr Chaos gestiftet als Not gelindert.

Mit zahlreichen Anträgen und Initiativen haben wir im Landtag erreicht, dass die Landesregierung ihre Verweigerungshaltung gegenüber den mobilen Luftfiltern aufgegeben hat und auch ein Förderprogramm aufgesetzt wurde, das die kommunalen Schulträger bei der Anschaffung der Geräte finanziell unterstützt. Zunächst hatte Grün-Schwarz nämlich auf Zweifel an der Effektivität der Luftfilter verwiesen, dann auf ein Bundesprogramm, das aber doch nicht funktionierte, um sich schließlich doch bereitzufinden, die Hälfte der Anschaffungskosten zu übernehmen. Allerdings erst, nachdem die Nachbarländer längst Programme auf den Weg gebracht hatten und auch nur mit der Beschränkung auf vornehmlich schlecht zu belüftende Räume.

Dieses halbherzige Agieren der Landesregierung führte zu beträchtlichen Verzögerungen bei der Anschaffung und in eine Zeit der Lieferengpässe der Hersteller. Nur wenige Schulen können sich bereits glücklich schätzen, die Luftqualität in den Klassenräumen zusätzlich verbessern zu können, gerade wenn das häufige Lüften in der kalten Jahreszeit belastend ist.

Man hätte sich das Hin und Her um die Frage, wann man auf eine Maske im Unterricht verzichten kann, möglicherweise sparen können, wenn man von vornherein und rechtzeitig die flächendeckende Ausstattung der Schulen und Kindertageseinrichtungen mit Luftreinigungsgeräten forciert hätte. Denn für die Zeit nach den Herbstferien war zunächst eine zweiwöchige Maskenpflicht statuiert worden, die sodann unbefristet gelten sollte, bevor sie ausgesetzt wurde, um mit den steigenden Infektionszahlen im Herbst wieder in Vollzug zu kommen.

Dieses Regelungschaos hat viel Vertrauen in die Bildungspolitik des Landes verspielt, dabei haben es die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler wie auch die Eltern verdient, endlich verlässliche Rahmenbedingungen vorzufinden. Schließlich hatte der Ministerpräsident bereits im Frühjahr ein Wahrnehmungsdefizit gegenüber den Belangen der Kinder und Jugend eingeräumt und Besserung gelobt.

Hier geht's zurück zur Übersicht!